Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10612

30. 04. 98

Große Anfrage

der Abgeordneten Kristin Heyne, Margareta Wolf (Frankfurt), Marieluise Beck (Bremen), Matthias Berninger, Franziska Eichstädt-Bohlig, Andrea Fischer (Berlin), Antje Hermenau, Oswald Metzger, Christine Scheel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschäftigungsfördernde und umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung

Die Bekämpfung der außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit ist eine zentrale Herausforderung der deutschen und ebenso der europäischen Politik. Die beschäftigungspolitische Gesamtstrategie des Europäischen Rates vom November des letzten Jahres folgt der Einsicht, daß der Abbau der Massenarbeitslosigkeit im Zeitalter der zunehmenden Integration der Güter- und Finanzmärkte nicht mehr ausschließlich auf nationaler Grundlage möglich ist. Erforderlich sind deshalb neue wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsparameter, die die Rahmenbedingungen für die wirtschaftspolitische Entwicklung in den Ländern der Europäischen Union verbessern. Gleichzeitig sind nationale Anstrengungen erforderlich, um in den kommenden Jahren eine beschäftigungsorientierte und umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung in Gang zu setzen. Die Bundesregierung hat diese Herausforderungen nicht angenommen. Sie hat die beschäftigungspolitischen Anstrengungen auf der europäischen Ebene gebremst, gleichzeitig hat sie auch im nationalen Bereich ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Der verspätet vorgelegte nationale Beschäftigungsplan kaschiert nur mühsam die Konzeptionslosigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik. Eine überzeugende wirtschaftspolitische Strategie ist nicht erkennbar, und die vorgeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und Appellen an die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Die unrealistischen Ziele der Bundesregierung – etwa die Halbierung der Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit – stehen dabei in deutlichem Kontrast zum Attentismus in den beschäftigungspolitisch relevanten Politikbereichen. Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist deshalb genauso ausgeblieben wie eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen. Die Bundesregierung hat es versäumt, verläßliche Voraussetzungen für beschäftigungswirksame und umweltgerechte Investitionen zu schaffen, die notwendig sind, damit zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen können. Im Jahreswirtschaftsbericht muß die Bundesregierung eingestehen, daß im

Jahresdurchschnitt 1997 bundesweit rund 4,384 Millionen Menschen erwerbslos gemeldet waren. Sie muß ebenso feststellen, daß die Zahl der Erwerbstätigen auf 33,93 Millionen gesunken ist, das sind rund 490 000 weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote ist im Jahr 1997 auf 11,4 % angestiegen. Dies ist nicht nur ein Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; die seit 1991 stetig und besonders stark in Ostdeutschland steigende Arbeitslosigkeit zeigt auch, daß die Bundesregierung keine geeignete Konzeption für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland formuliert und umgesetzt hat. Auch die Perspektiven für dieses Jahr lassen keine Verbesserungen erwarten. Das von der Bundesregierung prognostizierte Wachstum läßt allenfalls zu, daß die üblichen saisonalen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt stattfinden. Eine echte Trendwende ist weiterhin nicht in Sicht.

Eine Wende am Arbeitsmarkt kann es deshalb nur bei einer grundlegenden Änderung der wirtschaftspolitischen Strategie geben. Eine solche Strategie muß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen, sie muß aber gleichzeitig auch die sozialen Bedingungen berücksichtigen, und sie muß ökologisch verträglich sein. Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung müssen deshalb vom ökonomischen Wachstum entkoppelt werden. Gleichzeitig wird immer deutlicher, daß der Faktor Arbeit zu teuer ist. Die Bundesregierung stellt im Jahreswirtschaftsbericht 1998 fest, daß die Tarifpartner „ihre lohnpolitischen Entscheidungen in den vergangenen Jahren auch mit Blick auf die beschäftigungspolitischen Erfordernisse getroffen" haben (Jahreswirtschaftsbericht 1998, S. 6), verweist aber immerhin darauf, daß die Kosten für die Unternehmen dennoch nicht spürbar sinken konnten, da ein erhebliches Problem für die Lohnpolitik in dem stark gewachsenen Keil besteht zwischen „den Kosten, die den Unternehmen durch die Beschäftigung entstehen, und dem Nettoeinkommen, das dem Arbeitnehmer nach Abzug aller Abgaben noch zum Sparen und Konsumieren verbleibt" (ebd., S. 11). Aus dieser Einsicht folgen jedoch keine Konsequenzen, um aus dem Dilemma von gleichzeitig steigenden Lohnkosten und sinkenden Netto-Löhnen herauszukommen. Die Bundesregierung hat vielmehr darauf verzichtet, Maßnahmen und Projekte zur Lösung dieser Probleme zu formulieren und zu implementieren. Festzustellen ist in diesem Zusammenhang auch, daß die wirtschaftspolitischen Daten nur in jenen wirtschaftspolitischen Feldern zufriedenstellend sind, wo die Bundesregierung keine wesentliche Verantwortung trägt. Dies betrifft vor allem die lohnpolitischen Entscheidungen der Gewerkschaften, aber auch die Entwicklung des Preisniveaus, das durch günstige außenwirtschaftliche Bedingungen geprägt ist.

Die Bundesregierung stellt (sowohl im Jahreswirtschaftsbericht 1998 wie auch in ihren Erläuterungen zum europäischen Beschäftigungsgipfel in Luxemburg) fest, daß die Stärkung des Wachstums im Mittelpunkt ihrer Strategie zur Lösung der Be-

schäftigungsprobleme steht. Für das Jahr 1998 rechnet die Bundesregierung mit einem realen Wachstum von 2,5 bis 3 % und äußert die Erwartung, daß aufgrund dieses Wachstums 200 000 zusätzliche Stellen entstehen werden. Sie vertraut dabei auf die alte Strategie der Angebotspolitik, die seit Beginn der achtziger Jahre zum wirtschaftspolitischen Leitbild der Bundesregierung geworden ist. Allerdings stellt der Sachverständigenrat im jüngsten Jahresgutachten dazu fest, daß der Bundesregierung nicht einmal eine angebotspolitische Ausrichtung gelungen ist. Der Sachverständigenrat verweist darauf, daß gerade die Finanzpolitik mit ihrem Handeln tiefsitzende Vertrauensschäden verursacht habe: „Als notwendig erkannte und versprochene Maßnahmen wurden nicht umgesetzt; schon beschlossene Änderungen wurden wieder zurückgenommen oder substantiell verwässert; an einer Stelle des Steuersystems wurden Änderungen beschlossen, die in ihrer Wirkung andere, mehr oder weniger zeitgleich umgesetzte steuerpolitische Maßnahmen konterkarierten. Entgegen dem wiederholt vorgetragenen Grundsatz, steuerliche Sonderregelungen abbauen zu wollen, wurden neue Steuerprivilegien gewährt." (JG 1997/98).

Die Bundesregierung hat sich im Jahreswirtschaftsbericht dieser Kritik nicht gestellt. Sie hat nicht deutlich gemacht, warum sie sich immer wieder auf das angebotspolitische Konzept des Sachverständigenrates beruft, in ihrer tatsächlichen Politik aber regelmäßig davon abweicht. Dies wirft die Frage nach der konzeptionellen Orientierung der praktizierten Wirtschaftspolitik auf. Notwendig sind neue Wege und Mittel, um aus der wirtschaftspolitischen Misere herauszukommen. Die Bundesregierung hält weiterhin an einseitigen Grundorientierungen fest, wo ein Policy Mix aus wirtschaftsstrukturell orientierten Maßnahmen und makroökonomischen Stabilisierungspolitiken notwendig wäre, der die Ziele der sozialen Gerechtigkeit, der ökonomischen Wohlfahrt und der ökologischen Verträglichkeit gleichermaßen berücksichtigt und dazu auch die geeigneten Instrumente bereitstellt. Die Bundesregierung hat es versäumt, eine solche neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik vorzunehmen. Sie hat dazu nicht einmal eine ausführliche Stellungnahme abgegeben.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Sachverständigenrats zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung „durch die Folgen der Vereinigung vollends aus dem Tritt gebracht wurde" (Jahresgutachten 1997/98, Zi.9)?

   Welche Konsequenzen zieht sie aus diesem Befund?

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die „mittelfristige Ausrichtung" (JWB, S. 9) ihres Konzepts angesichts der Tatsache, daß die daraus folgende Wirtschaftspolitik gerade über einen längeren Zeitraum zu immer größerer Arbeitslosigkeit geführt hat?

   Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, trotz des offensichtlichen Versagens ihrer Strategie eine grundsätzliche

Überprüfung ihrer Wirtschaftspolitik und der sie tragenden Strategien einzuleiten?

3. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der von ihr in Auftrag gegebenen Untersuchung der Wirtschaftsforschungsinstitute (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – DIW, Hamburger Weltwirtschafts-Archiv – HWWA, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Wirtschaftsforschung – IfW, Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH und Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsinstitut – RWI) zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in ausgewählten Industrieländern, die als eine wesentliche Ursache der Arbeitslosigkeit die strukturellen und institutionellen Fehlentwicklungen herausstellt?

   Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung?

4. Wie beurteilt die Bundesregierung das Minderheitenvotum des DIW, das in besonderer Weise die makroökonomischen Bedingungen und Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigungsentwicklung betont?

   Sieht die Bundesregierung in den Befunden des DIW Ansatzpunkte für ihre wirtschafts- und beschäftigungspolitische Strategie?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Studie der Kommission für Zukunftsfragen (Bayern und Sachsen) zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, wonach aufgrund tiefgreifender Veränderungen von Produktions- und Beschäftigungsbedingungen die überkommene arbeitnehmerzentrierte Industriegesellschaft zu Ende gehe und dementsprechend mit einem deutlichen Bedeutungsrückgang der Erwerbsarbeit zu rechnen sei?

   Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Befunden der Kommission?

6. Welche durchschnittlichen Zuwachsraten des realen Wirtschaftswachstums sind nach Auffassung der Bundesregierung in den kommenden Jahren erforderlich, um die bestehenden Beschäftigungsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland zu lösen?

   Wie wird sich dementsprechend in der Projektion der Bundesregierung das reale Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Jahren entwickeln (jeweils für Ost-, West- und Gesamtdeutschland)?

   Wie hoch wird entsprechend die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung im jeweiligen Jahresdurchschnitt liegen?

   Wie sehen die entsprechenden Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt, zur Arbeitslosigkeit und zur Beschäftigung – soweit sie der Bundesregierung vorliegen – der Projektionen und Prognosen der internationalen Organisationen (insbesondere OECD, IWF, ILO) aus?

Welche Zahlen unterlegt die OECD in ihren alternativen mittelfristigen Szenarien bis zum Jahr 2003 (Referenz-Szenario, optimistisches und pessimistisches Szenario)?

7. Wie hat sich nach Auffassung der Bundesregierung die Beschäftigungsschwelle seit 1990 entwickelt, und welche Höhe erwartet die Bundesregierung für die Jahre 1998 bis 2003?

   Wie definiert die Bundesregierung die Beschäftigungsschwelle (JWB 1998, S. 25), und welche methodische Vorgehensweise hat sie hierzu gewählt?

8. Aus welchem Grund hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr Programme zur Belebung der Konjunktur verabschiedet (wie etwa das Konzept zur Verstetigung beschäftigungsfördernder Investitionen vom März 1997), wenn laut Jahreswirtschaftsbericht die wirtschaftlichen Probleme nicht konjunkturell bedingt sind und auch die Beschäftigungsprobleme nicht mit Hilfe von Ausgabenprogrammen gelöst werden können?

   Wie teilt sich nach Auffassung der Bundesregierung dementsprechend die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland in einen konjunkturellen und in einen strukturellen Teil?

9. Wie erklärt und beurteilt die Bundesregierung die in den letzten Jahren zunehmende Produktivitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland?

   Wie hat sich die Arbeitsproduktivität (Stunden- und Beschäftigtenproduktivität) seit 1990 in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt (jeweils für Ost-, West- und Gesamtdeutschland)?

   Welche entsprechenden Zahlen erwartet die Bundesregierung für die Jahre bis 2003?

   Wie lauten die Zahlen (für den gleichen Zeitraum) für die Entwicklung der Kapital- und totalen Faktorproduktivität?

   Wie lauten dementsprechend die Projektionen von OECD, IWF und den Institutionen der Europäischen Union?

   Wie lauten die entsprechenden Zahlen für die USA, Japan, EU insgesamt?

   Wie unterscheidet sich im gleichen Zeitraum das Produktivitätsniveau in den jeweiligen Ländern (einschließlich Bundesrepublik Deutschland) in der Berechnung der Bundesregierung bzw. in den Zahlen der internationalen Organisationen (OECD, IWF)?

10. Welche Entwicklung bei der Beschäftigung erwartet die Bundesregierung, und wie beurteilt sie diese vor dem Hintergrund der in den Fragen 2 und 3 angesprochenen arbeitsmarktrelevanten Faktoren?

    Wie lautet die Beschäftigungsprojektion (Entwicklung der Erwerbstätigkeit, der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosigkeit) in den Jahren bis 2003 (jeweils für Ost-, West- und Gesamtdeutschland)?

11. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entwicklung, daß der Kostendruck auf die Unternehmen unverändert hoch geblieben ist und gleichzeitig die private Nachfrage stagniert, weil die Nettolöhne und -gehälter gesunken sind?

12. Welche Entwicklung haben die Bruttolöhne in den vergangenen Jahren genommen?

    Wie haben sich die Einkommen der beschäftigten Arbeitnehmer (Bruttolohn und -gehalt insgesamt und je Beschäftigten; Nettolohn- und Gehaltssumme insgesamt und je Beschäftigten) seit 1980 in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt (unterteilt in nominelle und deflationierte Zahlen)?

    Wie lauten die Zahlen für die Jahre nach 1990 getrennt nach Ost- und Westdeutschland?

    Wie lauten die dementsprechenden Projektionen für die Jahre bis 2003?

13. Welche Entwicklung hat die Belastung mit Steuern und Abgaben in den vergangenen Jahren genommen?

    Wie haben sich Steuern und Abgaben seit 1980 in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt (Abgaben und Steuern in absoluten Zahlen, in ihrem Anteil am BIP und die Pro-Kopf-Entwicklung)?

    Wie lauten die Zahlen für die Jahre nach 1990 getrennt nach Ost- und Westdeutschland?

    Wie lauten die dementsprechenden Projektionen für die Jahre bis 2003?

14. Wie haben sich dementsprechend seit 1980 die Staatsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt (Staatsausgaben insgesamt, in ihrem Anteil am BIP und die Pro-Kopf-Entwicklung)?

    Wie lauten die dementsprechenden Projektionen für die Jahre bis 2003?

15. Mit welcher Begründung betrachtet die Bundesregierung die Petersberger Beschlüsse zur Steuerreform als eine Maßnahme, mit deren Hilfe die Erwartungen der Investoren und Konsumenten hätten stabilisiert werden können, obwohl diese Steuerreform zu erheblichen Steuerausfällen (30 Mrd. DM) geführt hätte, für die von seiten der Bundesregierung keine Gegenfinanzierung aufgezeigt werden konnte?

16. Wie begründet die Bundesregierung ihre Erwartung, daß ihre Bemühungen um Konsolidierung des Haushalts im Jahr 1999 von Erfolg getragen sein werden, wenn gleichzeitig die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin mit starken Belastungen für die öffentlichen Haushalte verbunden sein wird?

    Wie haben sich Defizite und Gesamtschulden des Staates seit 1980 entwickelt (absolute Zahlen, jeweiliger Anteil am BIP)?

    Wie hat sich dementsprechend die Zinsbelastung für die öffentlichen Haushalte (einschließlich Zuführungen für Ne-

benhaushalte und Sondervermögen) entwickelt (absolute Zahlen, Anteil an den Staatsausgaben und Steuereinnahmen)?

Wie hat sich im gleichen Zeitraum der Primärsaldo (Differenz der Einnahmen und Ausgaben ohne Zinsaufwendungen) für die öffentlichen Haushalte entwickelt?

17. Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung, den Verbrauch von Ressourcen und die Belastung der ökonomischen Systeme vom wirtschaftlichen Wachstum zu entkoppeln?

    Welche Instrumente hat die Bundesregierung hierzu im steuerlichen Bereich vorgesehen?

    Wieso hat die Bundesregierung, wenn sie ökologische Steuern als einen Beitrag zu mehr Beschäftigung betrachtet, auf europäischer Ebene ihren Einfluß nicht stärker und erfolgreich geltend gemacht?

18. Wie begründet die Bundesregierung, daß im internationalen Quervergleich in Deutschland der Faktor Arbeit, im Verhältnis zu den Faktoren Natur und Kapital, nahezu am höchsten mit Steuern und Abgaben belastet wird?

    Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesem Befund?

19. Wie begründet die Bundesregierung ihre Einschätzung im Jahreswirtschaftsbericht, daß den Zusagen für den Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit wie sie im „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung" verabredet wurden, im vergangenen Jahr Rechnung getragen worden sei?

20. Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß es nach wie vor keine steuerliche Gleichstellung der Anlage- und Finanzierungsformen gibt und die Finanzierung über Beteiligungskapital daher immer noch steuerlich benachteiligt ist?

21. Warum setzt die Bundesregierung im Rahmen der Mittelstandsförderung weiterhin vorrangig auf kreditverbilligende Förderprogramme, obwohl diese die Nachfrage nach Beteiligungskapital künstlich gering halten und die Entwicklung eines funktionsfähigen Risikokapitalmarktes eher behindern?

22. Wie erklärt die Bundesregierung, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keinen entwickelten Risikokapitalmarkt gibt?

    Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Aussage des EU-Kommissars Santer, daß die Bundesrepublik Deutschland Beschäftigungspotentiale „verschenkt", weil sie keinen entwickelten Risikokapitalmarkt hat?

Bonn, den 30. April 1998

Kristin Heyne
Margareta Wolf (Frankfurt)
Marieluise Beck (Bremen)
Matthias Berninger
Franziska Eichstädt-Bohlig
Andrea Fischer (Berlin)
Antje Hermenau
Oswald Metzger
Christine Scheel
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333